

ten vorschlagen wird, da er den andern Juntagenerälen mißtraut. Luftwaffenchef General *Fernando Matthei* betonte am 11. September nach der Rede des Präsidenten, die Junta werde den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg unbeirrt gehen. Das kann nur bedeuten, daß Pinochets Plan weiter auf Widerstand stößt. Eine Annäherung von Teilen der Streitkräfte an die Opposition ist in der derzeitigen Situation indessen kaum zu erwarten, eher könnten die Spannungen mit dem zunehmend halsstarrigen Präsidenten anwachsen.

Die „schmutzige Arbeit“, die den in Chile traditionell hoch angesehenen Streitkräften seit 13 Jahren und nun zum dritten Mal unter dem Belagerungszustand mit der Verfolgung, Knebelung und Vernichtung subversiver Kräfte aufgegeben ist, hat vor allem Heer und Carabinerios in Verruf gebracht, um so mehr, als sie seit Jahren auch in Zivil und neuerdings mit geschwärtzten Gesichtern im Einsatz sind. In der Bevölkerung wurden die mit großem propagandistischem Aufwand publizierten Berichte über ein von der Armee entdecktes immenses Waffenlager der Guerilla offen angezweifelt (seit zwei Jahren ist bekannt, daß die Armee mit provokativen Bombenlegungen operiert). Das Vorgehen des mit den Jahren offenbar brutalisierten Militärs gegen die Bevölkerung hatte am 2. Juli seinen

spektakulären Höhepunkt erreicht: Uniformierte schlugen zwei Jugendliche in einer Nebenstraße im Zentrum von Santiago blutig und steckten sie in Brand. Noch lebend wurden sie an einer Ausfahrtstraße aus dem Jeep geworfen. Das Mädchen überlebte schwerverletzt.

Gegen die skandalöse Behandlung des Falles durch die Justiz protestierte Kardinal Fresno ohne Erfolg. Ungeachtet zahlreicher Zeugen stellte die Polizei die Gewalttat als selbstverschuldeten Unfall dar, später wurde lediglich ein Beteiligter unter Anklage gestellt, zunächst wegen Nachlässigkeit, dann unter dem Druck der Öffentlichkeit wegen unnötiger Gewaltanwendung. Zum Vergleich: zum gleichen Zeitpunkt wurden unter dem Verdacht der medizinischen Hilfeleistung für einen verletzten militanten Regimegegner ein Arzt und ein Anwalt des kirchlichen Solidaritätsvikariats 93 Tage ohne Anklageerhebung festgehalten.

Schwere Zeiten für Kirche und Opposition

Der demokratischen Opposition, von General Pinochet als Handlanger des chilenischen Terrorismus und internationalen Kommunismus bezeichnet, stehen nun noch schwerere Zeiten bevor. Die Regierung hatte sich schon vor dem Attentat konsequent allen

Gesprächsangeboten verweigert; damit sind die mühselig zustande gekommenen Zusammenschlüsse wie die „Demokratische Allianz“ und die „Bürgerversammlung“ in einem wesentlichen Punkt gescheitert.

„Die derzeitige politische Lage ist katastrophal, katastrophal deshalb, weil sie innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung keinen einzigen Ausweg mehr bietet“, schrieb die Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ in der letzten Ausgabe vor dem Anschlag auf Pinochet. Mit der Erfolglosigkeit der bürgerlichen Opposition vor dem Belagerungszustand und der jetzigen unfreiwilligen Tatenlosigkeit wird die bisher entgegen allen offiziellen Behauptungen noch schwache Guerilla Zulauf erhalten. Die Kirche, die im klaren Bewußtsein dieser Gefahr seit Jahren auf eine politische, gewaltfreie Lösung drängt, ist jetzt offenbar zum direkten Gegner des Regimes avanciert. Der offene Konflikt war indessen bereits abzusehen, als die Bischöfe in ihrer Erklärung vom 13. Juli fünf Ursachen für Gewalt und Unfrieden in Chile in dieser Reihenfolge nannten: „das allzu lange dauernde Leiden der Bevölkerung“, „die mangelnde Teilhabe des Volkes, vor allem an der Politik“, „den militaristischen Charakter des Regimes“, „die Macht ausübung durch Polizeikräfte“, „den politischen Terrorismus unterschiedlicher Prägung“.

G. B.

Das „katholische und“ in Österreich

Die Situation nach dem Bischofswechsel in Wien

Österreich bot in den letzten Wochen gleich zwei Überraschungen. Kirchlich bedeutet die Weihe und Amtseinführung des neuen Erzbischofs von Wien P. Hermann Groer einen unerwarteten Einschnitt. Politisch überstürzten sich die Ereignisse fast zur gleichen Zeit geradezu: Nach der Aufkündigung der bisherigen SPÖ-FPÖ-Koalition wurden für die zweite Novemberhälfte Neuwahlen ausgeschrieben. Der folgende Bericht befaßt sich vor allem mit dem Erzbischofswechsel in Wien und den damit zusammenhängenden Vermutungen und Gerüchten, die sich vor allem auf den bisherigen und möglichen künftigen kirchenpolitischen Kurs in Österreich und das Verhältnis Kirche-Parteien beziehen.

Die erbitterte Wahl-Auseinandersetzung um Kurt Waldheim, die im Frühsommer zu einer sozialistischen Niederlage führte, hatte den Rücktritt des Bundeskanzlers Fred Sinowatz zur Folge. *Franz Vranitzky*, sein Nachfolger als Regierungschef, ist erst kurz im Sattel, hat aber als „Typ des Machers“ Sympathien bis hinein in bürgerliche Kreise gewinnen können. Trotzdem verlor die sozial-liberale Koalition in Österreich immer mehr an Konturen, und der opportunistische Kurs des freiheitlichen Parteiobermannes *Norbert Steger* führte dazu, daß die ohnehin kleine FPÖ als Junior-Partner der Sozialisten immer mehr zusammenschrumpft.

Veränderte politische Lage

Angesichts dieser Situation kam es innerhalb der freiheitlichen Partei beim Parteitag im September zu einem generalstabsmäßig vorbereiteten innerparteilichen Putsch, der dem mit viel Sinn für demagogische Wirkung ausgestatteten Obmann der Kärntner FPÖ, *Jörg Haider*, zur Führung der Gesamtpartei verhalf. Dieser Führungswechsel in der FPÖ, der in der öffentlichen Diskussion etwas vordergründig und ungenau als Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen den „Liberalen“ und den „Nationalen“ in der FPÖ gedeutet wird, kam der Führung der Sozialistischen Partei zu diesem Zeitpunkt höchst willkommen: die relativ hohen Sympathiewerte für den neuen Bundeskanzler hatten bereits Wochen zuvor zu innerparteilichen Spekulationen in der SPÖ geführt, ob man nicht mit einer vorgezogenen Nationalratswahl wenigstens die relative Mehrheit im Parlament behaupten könnte.

Die Wahl Jörg Haiders bot nun den Anlaß für die SPÖ, die Koalition mit der FPÖ aufzukündigen und Neuwahlen für den 23. November anzusetzen. Das Problem, wie man bis zu diesem Termin regieren könnte, wurde in längeren Gesprächen mit Bundespräsident Kurt Waldheim gelöst: auch die freiheitlichen Regierungsmitglieder bleiben bis zur Neuwahl im Amt, so daß der neue FPÖ-Parteiohmann Jörg Haider mit seinem Vorgänger und Intimfeind Norbert Steger als Vizekanzler noch einige Wochen auskommen muß.

Im Hintergrund der bevorstehenden Neuwahlen steht die katastrophale Situation der verstaatlichten Industrie, die von den Sozialisten jahrzehntelang als „heilige Kuh“ gehätschelt worden ist und die nun vor dem Zusammenbruch steht. Besonders betroffen von dieser Entwicklung ist die VÖEST-Alpine, der größte verstaatlichte Konzern in Österreich, der jahrelang als Paradebeispiel des österreichischen Wiederaufbaues gegolten hat und der nun durch leichtfertige Ölpekulationen, verfehlte Investitionen in den USA und permanente rote Zahlen im eigenen Produktionsbereich Milliardenverluste hinnehmen muß. Der verstaatlichte Konzern sieht sich gezwungen, von insgesamt knapp 40 000 Beschäftigten mehr als 10 000 Arbeiter und Angestellte abzubauen.

Als Bruno Kreisky noch Bundeskanzler war, sagte er immer wieder, er habe keine schlaflosen Nächte wegen der erhöhten Staatsschulden, wenn man damit nur eine größere Arbeitslosigkeit vermeiden könnte. Jetzt, nur wenige Jahre später, ist das Fiasko dieser Politik sichtbar geworden: der Staat muß an die 40 Milliarden Schilling in die verstaatlichten Betriebe hineinpumpen, um sie vor dem Konkurs zu retten, während gleichzeitig Tausende Arbeiter und Angestellte der VÖEST-Alpine und von anderen verstaatlichten Unternehmungen abgebaut werden. Diese Situation hat in den Zentren des VÖEST-Alpine-Konzerns, in Oberösterreich und vor allem im traditionsreichen obersteirischen Industrievier, schockartige Reaktionen ausgelöst.

Der neue Bundeskanzler Franz Vranitzky versucht in diesem Dilemma, das Ruder sozialistischer Regierungspolitik radikal herumzureißen. Er tritt jetzt für eine „Politik der Ehrlichkeit“ ein, bezeichnet die Kündigung von Tausenden Arbeitnehmern in der verstaatlichten Industrie als unumgänglich und meint, nur auf diese Weise könne eine Sanierung der gefährdeten verstaatlichten Industrie durchgesetzt werden. Nach den vielen leeren Versprechungen der vergangenen Jahre findet der neue Bundeskanzler mit dieser seiner Linie ein gewisses Verständnis in der Öffentlichkeit, so daß die SPÖ eine rasche Wahlentscheidung sucht, bevor die akute Krise der verstaatlichten Betriebe in all ihren Konsequenzen deutlich wird.

Der neue Erzbischof

Diese Aufregungen überdecken das wichtigste kirchliche Ereignis des vergangenen Sommers in Österreich, doch vermögen sie den Stellenwert dieses Ereignisses nicht zu vermindern, das in auffallender Parallele zu den Vorgängen auf politischer Ebene auch im kirchlichen Bereich eine neue Ära einzuleiten scheint: Es geht um die überraschende Ernennung des neuen Erzbischofs von Wien, des Benediktinerpaters *Hermann Groer*, der am Fest Kreuzerhöhung im Dom zu St. Stephan in Wien zum Bischof geweiht worden ist. Die Ernennung eines bis dahin relativ unbekanntes Wallfahrtsdirektors in einer winzigen 100-Seelen-Gemeinde zum Erzbischof einer der größten Diözesen der Welt bedeutete einen Paukenschlag, der auch jetzt noch, Wochen später, zu Fragen und Spekulationen aller Art Anlaß gibt.

Viele Einwände richten sich übrigens weniger gegen die Person des neuen Erzbischofs, sondern gegen die Vorgangsweise bei seiner Bestellung. Im besonderen wird – auch im Klerus – mit einer gewissen Bitterkeit kritisiert, daß der Nuntius in Wien etwa 2000 Laien und Priester um ihre Meinung über die Person des Nachfolgers von Kardinal König ersuchte. Diese Befragungsaktion wurde wiederholt als Grund für die Verzögerung bei der Neubesetzung des Wiener Erzbistums angegeben, bis sich jetzt herausstellte, daß das Ergebnis der Umfrage völlig irrelevant gewesen ist. Mit Unbehagen wurde auch registriert, daß die Vorschläge der zuständigen Bischöfe einfach übergangen worden sind und daß die Oberhirten der österreichischen Diözesen, wenn überhaupt, erst im allerletzten Augenblick von der Entscheidung verständigt worden sind.

Schon in seinen ersten Stellungnahmen zeigte jedoch der neue Erzbischof, daß er dem Bild hämischer Zeitungskommentare, die ihn als „naiven Landpfarrer“ darstellten, wenig entspricht. Der designierte Erzbischof sprach sich freimütig für einen kollegialen Stil in der Erzdiözese Wien aus, er gab seinen Hoffnungen auf die kirchlichen Räte Ausdruck und bezeichnete das Konzil als ein „unschätzbares Gut“, das in seiner unerhört spirituellen Dynamik noch gar nicht allgemein erkannt worden sei. Der neue Erzbischof plädierte weiters für eine Fortsetzung

des Dialogs, wobei er ausdrücklich die Gewerkschaften erwähnte, was auch auf der linken Seite des politischen Spektrums zu vorsichtig-zustimmenden Reaktionen führte.

Dieses Präludium änderte nichts an der Tatsache, daß der neue Erzbischof von Wien den meisten Menschen völlig unbekannt war, da er sich als Lehrer, als Wallfahrtsdirektor und als Leiter der Legio Mariae bisher eben nur einem ganz bestimmten Kreis von Gläubigen gewidmet hatte. Durch eine journalistische Infamie, die sich offensichtlich kontraproduktiv auswirkte, erreichte der designierte Erzbischof über Nacht einen beträchtlichen Bekanntheitsgrad: Eine Journalistin der in Wien erscheinenden Skandalillustrierten „Basta“ sprach Groer während eines kurzen Kuraufenthaltes an, stellte sich als „Volksschullehrerin aus Kärnten“ vor und bat ihn um ein Beichtgespräch. Groer ging auf diese Bitte ein und beantwortete diverse Fragen über die kirchliche Sexualmoral, über die Entwicklungshilfe in Nicaragua, etc. Seine Antworten, aus denen auch Kritik an Kardinal König herausgelesen werden kann, zeichnete die Journalistin mit einem versteckten Tonbandgerät auf und veröffentlichte sie prompt in der nächsten Ausgabe der Illustrierten. Dieser journalistische Piratenakt, bei dem es durchaus denkbar ist, daß auch der veröffentlichte Text manipuliert wurde, hat in Österreich weit über den Kreis der Katholiken hinaus spontane Empörung ausgelöst und sicherte dem neuen Erzbischof schlagartig viel Sympathie.

Streitpunkt: das Kirchenbeitragssystem

Besonders auffallend erscheint es, daß Groer schon am Tag nach seiner Ernennung in einem Gespräch mit Journalisten ein besonders heikles Thema aufgriff, das in den vergangenen Jahren in Österreich nahezu als ein kirchlicher Tabubereich gegolten hatte: Der designierte Erzbischof kam auf die bedrängende Zahl der *Kirchenaustritte* in Österreich (mehr als 500 000 in den letzten 30 Jahren) zu sprechen und plädierte für eine „mildere“ Art der Einhebung des *Kirchenbeitrages*. Dieses Thema griff Groer in den folgenden Wochen mehrmals auf, woraus sich erkennen läßt, daß er ihm einen besonderen Stellenwert zumißt.

Der Kirchenbeitrag in Österreich wird anders als die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland weder direkt vom Lohn oder Gehalt abgezogen noch mit Hilfe der staatlichen Finanzämter der Kirche überwiesen. Die Kirchen in Österreich haben vielmehr ihre eigenen Kirchenbeitragsstellen, die die Kirchenbeitragspflichtigen ermitteln, sie zur Zahlung auffordern und hartnäckige Nichtzahler bei Gericht verklagen.

Diese Art der Kirchenbeitragseinhebung war 1938 nach dem „Anschluß“ Österreichs von den nationalsozialistischen Machthabern eingeführt worden, wobei dieses System gewiß als ein Mittel des Kirchenkampfes gedacht war. Unmittelbar nach dem Krieg, als das unabhängige Österreich wiedererstand, wurde die Frage ernsthaft er-

wogen, ob man nicht ähnlich wie in der Bundesrepublik den Staat in die Einhebung des Kirchenbeitrages einschalten solle. Damals hätten die staatlichen Behörden für eine derartige Dienstleistung nur eine relativ geringe Verwaltungsgebühr verlangt. Die Vertreter der eben aus der Not der Verfolgung kommenden Kirche in Österreich lehnten jedoch zu diesem Zeitpunkt derartige Vorschläge ab: Man wollte aus pastoralen Gründen den direkten Kontakt mit den Gläubigen nicht verlieren und in keine Abhängigkeit vom Staat geraten.

Erst später stellte sich heraus, daß das *nur in Österreich* existierende System eines von der Kirche selbst erhobenen finanziellen Beitrages langfristig gesehen für viele Katholiken eine arge Belastung in ihrem Verhältnis zur Kirche darstellt. In der Erkenntnis dieser Situation kam es in den späten fünfziger und den sechziger Jahren wiederholt zu Fühlungsnahmen kirchlicher Vertreter mit staatlichen Stellen über eine Änderung des österreichischen Kirchenbeitragssystems, doch wurde immer deutlicher, daß sich einem solchen Vorhaben nunmehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten, so daß es bei unverbindlichen Gesprächen über dieses Thema geblieben ist.

Daß der neue Erzbischof von Wien dieses Thema unmittelbar nach seiner Ernennung aufgriff und wiederholt darauf zurückkam, wird als ein Zeichen dafür gedeutet, wie wichtig er diese Frage einschätzt. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß Groer dabei in Übereinstimmung mit römischen Vorstellungen handelte, da die hohe Zahl von Kirchenaustritten in Österreich, von denen nahezu 50 Prozent allein auf Wien entfallen, im Vatikan schon seit geraumer Zeit mit Sorge beobachtet wird. Freilich ist der Kirchenbeitrag nur in seltenen Fällen die Ursache von Kirchenaustritten, aber den Anlaß mag er doch in vielen Fällen bieten. Die Versicherung des neuen Wiener Erzbischofs, er werde für Milde und Schonung der Kirchenbeitragszahler eintreten, hat Verantwortliche diözesaner Finanzkammern postwendend zu geharnischten Protesten veranlaßt, was einige Konfliktfelder für die Amtszeit des neuen Erzbischofs andeuten dürfte.

Gerüchte und Besorgnisse

Unmittelbar nach der Ernennung von Hermann Groer zum Wiener Erzbischof stellte der als Diözesanadministrator eingesetzte Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl* in einem an alle Priester der Erzdiözese Wien gerichteten Rundschreiben die Frage: „Es liegt nun nahe, zu fragen, welches Zeichen uns der Papst mit dieser für alle unerwarteten Ernennung geben wollte.“ Diese Frage stellen sich mittlerweile viele Priester und Laien in ganz Österreich, und Zeitungsartikel, wie sie etwa im italienischen Monatsmagazin „Trenta Giorni“ der Laienbewegung „Comunione e liberazione“ oder auch im „Regensburger Bistumsblatt“ erschienen sind, spitzen diese Frage noch zu. Denn in diesen Artikeln ist behauptet worden, der Vatikan wolle die Schwerpunkte im religiösen Bereich

Österreichs anders gesetzt sehen als bisher und Rom habe die „liberalen Vorgangsweisen der bisherigen Ära mit Skepsis verfolgt“.

Diese Stimmen lösten gerade bei jenen Priestern und Laien, die den Kurs der katholischen Kirche in Österreich bisher zu einem wesentlichen Teil mitgetragen und mitverantwortet haben, ernste Besorgnis aus. Es wird befürchtet, daß man Groer von interessierter Seite als „Kontrapunkt“ zu bisherigen pastoralen Zielsetzungen in Österreich betrachtet. Eine Flut von Gerüchten über angebliche Kandidaten für das Amt des Erzbischofs von Salzburg und für den Bischofssitz von Vorarlberg verstärkten diese Besorgnis noch zusätzlich, und als es hieß, der Regionalvikar des „Opus Dei“ für Österreich, *Klaus Küng*, sei für einen der beiden demnächst vakant werden den Bischofssitze ausersehen, war das Echo quer durch die österreichischen Diözesen relativ einhellig: Eine solche Ernennung würde eine einschneidende Korrektur des bisherigen pastoralen Kurses in Österreich bedeuten.

Besorgt fragen sich nun Katholiken, die Verantwortung auf verschiedenen Ebenen der Kirche in Österreich tragen, was denn Rom zu einem so abrupten Wandel seiner Einstellung gegenüber dem österreichischen Katholizismus bewegen haben könnte. In Österreich erinnert man sich noch immer an die unvergeßlichen Tage des Österreichischen Katholikentages im Jahr 1983, als Papst Johannes Paul II. der Kirche in Österreich in seinen Reden, Predigten und Wortmeldungen aller Art vielfache Ermunterung gegeben hat. Seither ist nicht zu verkennen, daß es zu einer Klimaänderung zwischen dem Vatikan und Wien gekommen ist.

In Österreich wird dies wenigstens zum Teil auf jene beharrliche Flüsterkampagne zurückgeführt, mit der engagierte Anhänger des alten politischen Katholizismus schon seit Jahren den Versöhnungskurs von Kardinal *Franz König* zu denunzieren versuchten. Mit diesem Kurs unternahm es der Kardinal von Wien, die Lehren aus der österreichischen Vergangenheit zu ziehen, in der die Kirche allzulange eine „Partei unter Parteien“ gewesen ist. In Erkenntnis dieser fatalen Situation bemühte sich die Kirche in Österreich schon seit 1945 um eine möglichst überzeugende Unabhängigkeit von allen politischen Parteien, und das „Mariazeller Manifest“ des Jahres 1952, die Magna Charta des „offenen Katholizismus“ in Österreich, formulierte diese Programmatik in einer Form, die bis heute ihre Gültigkeit behalten hat.

Diese Öffnung zu allen Menschen guten Willens, die Kardinal König in seiner Amtszeit unverdrossen fortzusetzen versuchte, ist nicht von all jenen Katholiken verstanden worden, die noch von der christlichsozialen Tradition der ersten Republik geprägt worden sind. So kam es aus dieser Ecke in periodischen Abständen immer wieder zu vereinzelt Attacken gegen den Reformkurs der Kirche in Österreich, der vom überwiegenden Teil der aktiven Katholiken bejaht und mitgetragen wurde und der von der Gestalt Kardinal Königs symbolisiert worden ist. Daher richteten sich manche der Attacken in

erster Linie gegen die Person des Kardinals, dem vorgeworfen wurde, er unterhalte zu gute Kontakte zum sozialistischen Bundeskanzler, er habe sich zu Vorträgen vor dem Bundesvorstand des österreichischen Gewerkschaftsbundes einladen lassen und strebe sogar bessere Beziehungen zu den Freimaurern an. Mit diesen Attacken, mit denen die Person des Wiener Kardinals eingedeckt, aber die ganze Linie der Kirche in Österreich gemeint wurde, ist die christliche Pflicht eines Bischofs, sich in einem von Wunden mehrerer Bürgerkriege geschlagenen Land für die Versöhnung einzusetzen, in einen Vorwurf umgemünzt worden, und der Kardinal wurde der „Weggemeinschaft mit unchristlichen, mit linken Gruppen“ bezichtigt.

Brisante Auseinandersetzung im Hintergrund

In den meisten Fällen wurden derartige Anklagen und Vorwürfe unterschwellig, anonym vorgebracht. Offen ausgesprochen wurden sie von *Andreas Khol*, dem Leiter der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der in der Partei über keinen besonderen Einfluß verfügt, aber die Einstellung einer bestimmten Gruppe im österreichischen CV verkörpert. Er formulierte die Einwände gegen den Kurs der katholischen Kirche in Österreich in einem ausführlichen Artikel im „Österreichischen Jahrbuch für Politik 1984“ und faßte seinen Hauptvorwurf in folgenden drastischen Vergleich zusammen: „Wenn man das Gleichnis vom verlorenen Sohn heranzieht, so sind in der zu Ende gehenden Epoche die Sozialisten von der Hierarchie wie der verlorene Sohn behandelt worden ... Die Volkspartei war der Sohn, der zu Hause geblieben war, der stets brav gearbeitet hatte und der anläßlich des Freudenfestes für den verlorenen Sohn das Holz holen durfte.“ Indessen seien die Hoffnungen der Hierarchie gar nicht eingetreten, der verlorene Sohn sei gar nicht heimgekehrt, denn innerhalb der aktiven Kirche sei „weitgehende Deckungsgleichheit von kirchlicher Aktivität und Engagement in der Volkspartei zu finden“. Die Schlußfolgerung von Khol: Auf die pointierte These des politischen Katholizismus von 1918 bis 1938 und auf die Antithese des „Mariazeller Manifestes“ mit der Ära des pluralistischen Katholizismus solle nunmehr eine Synthese folgen, die kirchliche, moralische Werte in den Vordergrund stellt, in der Bischöfe, kirchliche Organisationen und Verantwortung tragende Christen grundsätzlich gleiche Positionen beziehen, und die den innerkirchlichen Pluralismus einschränken sollte.

Mit dieser Argumentation, die der Mentalität einer zahlenmäßig nicht sehr breiten Schicht im österreichischen Katholizismus entspricht, setzte sich in dem gleichen Band des Jahrbuches der an der Universität Wien wirkende Politologe *Heinrich Schneider* auseinander, der in der Katholischen Aktion tätig ist. In dem Gegenartikel heißt es, die Identifikation der Kirche mit politischen Sy-

stemmen oder Parteiprogrammen sei verfehlt, hingegen seien „Weggemeinschaften“ mit Menschen guten Willens anzustreben. Dies gehe aus den Richtlinien des II. Vatikanischen Konzils deutlich hervor, die von Papst Johannes Paul II. ausdrücklich bestätigt worden sind. Die dienende, um eine Integration der Gesellschaft bemühte Kirche habe das Gemeinsame, das Verbindende, die Zusammenarbeit zu betonen, und dies habe Kardinal König getan. Das vorrangige Erfordernis und Merkmal des Gemeinwohls sei der Friede, der äußere wie der innere. Dies bedeute, daß die Kirche das politische Freund-Feind-Verhältnis ablehnt, daß politische Gegnerschaft nicht Feindschaft sein muß, daß Gespräch nicht Monolog, sondern Dialog heißt, daß in einer demokratischen Gesellschaft der Kompromiß als Ausgleich geachtet und nicht als Packelei mißachtet wird, daß nicht Haß gepredigt wird, daß man nicht dem anderen von vornherein gute Absichten abspricht. Es genüge freilich nicht, daß die Kirche dies anderen predige, sie müsse es vor allem selbst praktizieren.

Aus diesen beiden Artikeln wird die Brisanz der Auseinandersetzung deutlich, die sich in den vergangenen Jahren angesichts der persönlichen Autorität von Kardinal König eher unter der Oberfläche vollzog, die aber mit dem Amtsantritt des neuen Erzbischofs von Wien neuen Auftrieb erhalten könnte.

Dabei wäre es völlig unrealistisch, wollte man annehmen, daß sich die Meinungsverschiedenheiten auf einige strittige Fragen im politischen Bereich beschränken lassen, denn jede einzelne dieser Fragen hat eine theologische Implikation, und im Hintergrund steht die Frage nach dem Kirchenbild, das künftig den Weg der Kirche in Österreich bestimmen soll: Ist es eine gläubige und gleichermaßen menschenfreundliche und weltoffene Kirche, die da angepeilt wird? Soll der Weg des Dialogs in Österreich mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen fortgesetzt, vielleicht sogar intensiviert werden, nachdem es in letzter Zeit ohnehin manche Stagnation gab? Oder werden Türen und Fenster wieder geschlossen, verstummen die Gespräche, zieht sich die Kirche aus dem öffentlichen Bereich zurück? Gelingt es, die Erziehung zum diaspora-reifen Christen systematisch fortzuführen, der sich

auch in einer unchristlichen Umgebung durchzusetzen vermag? Ist es in der Kirche Österreichs, die so stark pastoral geprägt ist, daß man ihr bereits den Vorwurf des „Pastoralismus“ macht, weiterhin möglich, dem Nachdenken über die Zukunft, dem Prophetischen mehr Raum zu geben? Gelingt es der Kirche, das Gespräch mit der Zeit, vor allem mit den schöpferischen Menschen der Gegenwart weiterzuführen? Wie kann, wie soll, die Solidarität mit den getrennten Christen überzeugender gelebt werden?

Diese und noch viele andere Fragen bedrängen heute viele Christen in Österreich, wo nicht nur eine neue politische, sondern auch eine *neue kirchliche Ära* zu beginnen scheint. Neuansätze in verschiedensten Bereichen sind notwendig. Dies ergibt sich schon allein aufgrund der eingangs geschilderten prekären wirtschaftlichen Situation und der politischen Schwierigkeiten, die einen Neuanfang zwingend erfordern. Innerhalb der Kirche gibt es aber ebenso bedrängende Entwicklungen, die neue Überlegungen notwendig machen, so etwa den lautlosen Abfall weiter Teile der jungen Generation vom Glauben, die Schwierigkeiten vieler Eltern, ihren Glauben weiterzugeben, usw.

Das eine tun, das andere nicht lassen

Es wird daher gerade die Kirche in Österreich, die stark dialektische Züge trägt, das „katholische und“ nicht vergessen dürfen, wie dies der Linzer Pastoral-Theologe *Wilhelm Zauner* schon vor einigen Jahren in einem Buch über die Kirche in Österreich treffend ausdrückte. Das heißt: Gerade in Österreich, wo man es nicht schätzt, vor ein Entweder-Oder gestellt zu werden und wo sich das Bindewort „und“ als Imperativ erweist, wird es für den neuen Erzbischof notwendig sein, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen: Volkskirche *und* Gemeindekirche, Identität *und* Öffnung, kirchliche Gremien *und* die Vielfalt laienapostolischer Bewegungen, Frömmigkeit *und* Dialog mit der Welt, spirituelle Erneuerung *und* Weltauftrag, lehrende *und* lernende Kirche, Legio Mariae *und* Katholische Aktion.

Fritz Csoklich

Kirche im Apartheidstaat

Die Opposition der Kirche in Südafrika verstärkt sich

Auf den Philippinen, in Südkorea und in einigen Ländern Lateinamerikas haben die Kirchen in jüngster Zeit eindeutig gegen diktatorische Regime ihre Stimme erhoben. Sie haben politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung kritisiert und sich im Kampf gegen illegitime Herrschaft engagiert. Ähnlich in Südafrika. Christen stehen in der vordersten Front des Widerstands

gegen das Apartheidsystem. Katholische und protestantische Kirchenführer sind wegen ihres christlich motivierten politischen Engagements verhaftet, gebannt und gefoltert worden. Aber auch die Inhaber der Staatsgewalt, die nicht bereit sind, die Rassentrennung aufzugeben, sind Christen und verteidigen ihre Einstellung ebenfalls unter Berufung auf die Heilige Schrift. Süd-